

BR/GT I/105 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENT ERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 27. Januar 1971
BR/GT I/105/71

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

ERSTER VORENTWURF
EINES ÜBEREINKOMMENS
UEBER EIN EUROPÄISCHES
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 11, 22, 22a, 28b, 29, 64, 65, 137a und 156

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT I/105 d/71

Artikel 11

Neuheit

- (1))
- (2) } Fassung des Dok. BR/70/70 unverändert
- (3))

(4) Absatz 3 ist nur dann anzuwenden, wenn ein für die spätere Patentanmeldung benannter Vertragsstaat auch für die frühere gemäss Artikel 85 veröffentlichte Patentanmeldung benannt worden ist.

Bemerkungen zu Artikel 11 Absätze 1, 2 und 3: unverändert in der Fassung des Dok. BR/70/70

Bemerkung zu Artikel 11 Absatz 4: S. Artikel 137 a

KAPITEL V

Die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens

Artikel 22 (früher Artikel 24a)

Einheit der europäischen Patentanmeldung im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt

- (1) Fassung des Dok. BR/70/70 unverändert
- (2) gestrichen; s. Artikel 28b (neu)

Artikel 22a (neu)
Anwendbares Recht

Soweit in diesem Uebereinkommen oder in einem besonderen Uebereinkommen nach Artikel 8 nichts anderes bestimmt ist, unterliegt die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens in jedem benannten Vertragsstaat und mit Wirkung für diesen Staat dem Recht, das in diesem Vertragsstaat für nationale Patentanmeldungen gilt.

Artikel 28b

Sonderregelung für Vertragsstaaten eines besonderen Uebereinkommens

Sofern eine Gruppe von Vertragsstaaten von der Ermächtigung in Artikel 8 Gebrauch gemacht hat, kann sie vorschreiben, dass die europäische Patentanmeldung, soweit für sie diese Vertragsstaaten benannt sind, nur für alle diese Vertragsstaaten und nur nach den Bestimmungen des besonderen Uebereinkommens übertragen, belastet und Zwangsvollstreckungsmassnahmen unterworfen werden kann.

- 5 -

Artikel 29 (früher Artikel 30)

Ergänzende Anwendung des nationalen Rechts bei Rechtsgeschäften

- gestrichen -

VIERTER TEIL
DIE EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG
KAPITEL I

Einreichung und Erfordernisse der Anmeldung

Artikel 64 (früher Artikel 66)
Einreichung der Anmeldung

(1) Fassung des Dok. BR/70/70 unverändert

(2) Absatz 1 steht der Anwendung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht entgegen, die in den Vertragsstaaten

a) entweder für Erfindungen, die im Interesse der Landesverteidigung liegen die im Interesse des Staats geheimzuhalten sind, gelten oder

b) bestimmen, dass Patentanmeldungen zuerst bei einer nationalen Behörde eingereicht werden müssen, oder die die unmittelbare Einreichung bei einer anderen Behörde von einer vorherigen Genehmigung abhängig machen.

(3) gestrichen

Artikel 65 (früher Artikel 67)
Uebermittlung europäischer Patentanmeldungen

Fassung des Dok. BR/70/70 unverändert, jedoch sind

a) alle eckigen Klammern

b) die Bemerkung

zu streichen.

Artikel 137a

Verschiedene Patentansprüche für verschiedene Staaten

Stellt das Europäische Patentamt fest, dass für einen oder mehrere der für eine europäische Patentanmeldung oder ein europäisches Patent benannten Vertragsstaaten der Inhalt einer früheren europäischen Patentanmeldung nach Artikel 11 Absätze 3 und 4 zum Stand der Technik gehört, so kann der Anmelder oder Patentinhaber verschiedene Patentansprüche für diese Staaten einreichen.

Bemerkung zu Artikel 137a:

Es wird später zu prüfen sein, ob die in diesem Artikel für die Patentansprüche vorgesehene Möglichkeit auch auf die Beschreibung ausgedehnt werden soll.

NEUNTER TEIL
UEBERGANGSBESTIMMUNGEN

Artikel 156 (früher Artikel 186)

Stufenweise Ausdehnung des Tätigkeitsbe-
reichs des Europäischen Patentamts

- (1) {
- (2) { Fassung des Dok. BR/70/70 unverändert

(3) Kann eine europäische Patentanmeldung infolge der Beschränkung des Verfahrens gemäss Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 nicht weiterbehandelt werden, so teilt das Europäische Patentamt dies dem Anmelder mit und weist ihn darauf hin, dass er gemäss Artikel 124 einen Antrag auf Einleitung des nationalen Verfahrens stellen kann. Mit dieser Mitteilung gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen. Der Anmelder wird in der Mitteilung hierauf aufmerksam gemacht.
